

Das NS-Museum soll ans Hohe Ufer

Bezirksrat votiert einstimmig für den Standort

VON CONRAD VON MEDING

Das geplante Museum zur Geschichte der Naziopfer in Hannover soll nach Willen des Bezirksrats Mitte am Hohen Ufer auf dem Grundstück der ehemaligen Hauptschule eingerichtet werden. Das hat das Gremium Montagabend einstimmig beschlossen. Eine Ansiedlung außerhalb des Bezirks Mitte sei der Einrichtung nicht würdig, begründete Bezirksbürgermeister Michael Sandow den SPD-Antrag. Auf dem Gelände soll ohnehin die Volkshochschule angesiedelt werden, zudem sind zwei Neubauten vorgesehen, für deren Planung die Kommunalpolitiker das Startsignal gaben. Die CDU kritisierte allerdings scharf, dass die Stadt für die Neubauten erneut vier alte Bäume an der Roßmühle fällen will. Ein Antrag, der Stadt das zu untersagen, fand aber keine Mehrheit. Rot-Grün setzte sich mit einer butterweichen Formulierung durch, dass die Stadt „möglichst“ auf die Fällung verzichten solle.

● **Erneuerung Hindenburgstraße:** Das Gremium gab grünes Licht für den ersten Bauabschnitt der Sanierung der Hindenburgstraße im Zooviertel. Wilfried Engelke (FDP) kommentierte trocken, dass der Bezirksrat die Erneuerung seit zehn Jahren fordere – erst jetzt, wo Exkanzler Gerhard Schröder genau in die-

sem Abschnitt seine Kanzlei eröffne, starte die Stadt das Projekt. Ein Stadtsprecher dementierte das gestern prompt – das Projekt sei schon lange geplant. CDU-Politiker Joachim Albrecht mutmaßte, dass die Stadt nach dem ersten Bauabschnitt ohnehin aufhöre mit der Sanierung. Eine Anwohnerin hatte zuvor berichtet, dass der nördlichere Abschnitt die Sanierung dringender benötige.

● **Umbau Karmarschstraße:** Der Bezirksrat stimmte nach engagierter Debatte mit rot-grüner Mehrheit dem Umbau der U-Bahn-Station Markthalle zu, was eine deutliche Verengung der Straßenfläche um je eine Spur bedeuten wird. „Damit machen wir die Innenstadt endgültig tot“, sagte CDU-Mann Albrecht. „Man muss dankbar sein, dass es keine Fußgängerzone wird“, ironisierte FDP-Kollege Engelke. Die Opposition fürchtet, dass besonders zu Geschäftsschluss der Verkehr aus den Parkhäusern Schmiede- und Osterstraße nicht mehr ordentlich abfließen kann. Die Stadt sagt, dass der Verkehrsfluss nicht leiden werde.

● **Aufzug am Kröpcke:** Einstimmig fordert der Bezirksrat die Stadtverwaltung auf, sich nicht gegen den von Region und Üstra vorgeschlagenen Aufzug zu sperren, der mit einer Verbindung vom Platz zur U-Bahn-Station führt.